

# STILLSTAND ABWÄHLEN

Wahlprogramm der CDU Duisburg  
zur Kommunalwahl 2014

*„Die CDU will den  
Stillstand in der  
Stadt durchbrechen;  
neue Impulse setzen  
und die Entwicklung  
der Stadt  
vorantreiben.“*

## **Ausgangssituation**

### **Wie es ist**

Zwischen 2004 und 2009 stellte die CDU in Duisburg gemeinsam mit ihrem Oberbürgermeister und ihrem Kooperationspartner Bündnis 90/Die Grünen zumeist die Mehrheit im Rat der Stadt Duisburg. In dieser Phase hat sich die CDU als gestaltende Kraft in Duisburg bewährt und durch weitreichende Infrastrukturmaßnahmen die Zukunftsfähigkeit der Kommune gestärkt. Die Ergebnisse dieser Arbeit unter Schwarz-Grün sind an vielen Stellen greif- und spürbar. Beispielhaft sollen hier der Bau des City Palais, des Forums, der Königs-Galerie, von Logport II, des Parallelkanals oder des Rheinparks genannt werden. Erstmals nach Jahrzehnten wurden in Duisburg neue Arbeitsplätze geschaffen, die Kaufkraft stieg und die Innenstadt sowie die Bezirke erhielten neue Impulse.

Mit der Kommunalwahl 2009 fand sich eine Mehrheit aus SPD, Linken und Grünen gegen die CDU und ihren Oberbürgermeister. Seit 2012 regiert der neue Oberbürgermeister Sören Link. Er hat den Bürgern mit seiner rot-rot-grünen Ratsmehrheit einen Neuanfang versprochen. Doch zwei Jahre nach seinem vermeintlichen Neustart ist der von ihm prophezeite Effekt nicht ansatzweise nachweisbar. Im Gegenteil: Duisburg steht still.

Dies ist das zwingende Ergebnis einer analytischen Betrachtung der Duisburger Entwicklung seitdem die Stadt von Rot-Rot-Grün regiert wird. Großprojekte wie das Stadtfenster, die Neugestaltung der Bahnhofsplatte oder die Ansiedlung eines Möbelhauses stocken; die Deutschlandzentrale eines Projektentwicklers oder ein geplantes Parkhaus am Hauptbahnhof mussten gänzlich aufgegeben werden. Hinzu kommen Nackenschläge für die Duisburger Wirtschaft, etwa die unverhältnismäßige Anhebung der Gewerbesteuer auf den rekordverdächtigen Satz von 505 von Hundert.

Eine unmittelbare Folge dieser Politik ohne Augenmaß ist im Innenhafen zu beobachten, wo einer der wichtigsten Arbeitgeber der Stadt, das Reiseunternehmen Alltours, seinen Abschied angekündigt hat. Damit verliert die Stadt nicht nur einen wesentlichen Gewerbesteuerzahler, sondern rund 500 Arbeitsplätze und ein Aushängeschild für Duisburg.

Dazu addieren sich ideologisch motivierte Fehlentscheidungen, die den Bürger künftig belasten werden. Etwa beim fragwürdigen Personalroulette an der Spitze zahlreicher städtischer Gesellschaften: Hier zählte das Parteibuch mehr als die Kompetenz,

hochbezahlte Geschäftsführer werden seitdem ohne tatsächliche Verwendung weiterbezahlt und belasten den städtischen Haushalt. Oder beim Tauziehen um das Kombibad Homberg: Tragfähige Vorschläge der CDU zum Erhalt des Bades wurden ohne Begründung durch die Ratsmehrheit abgelehnt und stattdessen eine Gegenfinanzierung über zusätzlichen Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung beschlossen. Die mehrfach durch die CDU vorgetragenen rechtlichen Bedenken wurden schlicht ignoriert. Erst die harsche Rüge der Bezirksregierung, die eine entsprechende Finanzierung für unrechtmäßig erklärte, zwingt den Oberbürgermeister und seine Verwaltung nun zu einem neuen Sparansatz. Was bleibt, ist ein zusätzlicher Radarwagen und die Tatsache, dass die Finanzierung des Kombibades weiterhin nicht gesichert ist.

Der Stillstand auf Kosten der Duisburger Bürger wird dadurch verschärft, dass an anderer Stelle gewaltige Herausforderungen nicht erkannt und entsprechende Maßnahmen zu spät und unzureichend ergriffen wurden. In den vergangenen 24 Monaten sind rund 10.000 Zuwanderer aus Südost-Europa nach Duisburg gekommen und haben sich vor allem in den Stadtteilen Bergheim, Hochfeld, Hochheide, Marxloh und Meiderich niedergelassen. Das Problemhaus „In den Peschen“ ist deutschlandweit zu einem Synonym für die daraus resultierenden Probleme geworden.

Die CDU hat immer wieder schärfere Kontrollen der einreisenden Personen und eine konsequente Umsetzung der rechtlichen Möglichkeiten durch die Kommune angemahnt. Die Tatenlosigkeit der SPD-geführten Verwaltungsspitze hat Rechtspopulisten den Raum für billige Parolen und Stimmenfang mit fremdenfeindlicher Hetze geboten. Es ist das Selbstverständnis der CDU, die Rechte der Bürger in unserer Stadt zu schützen und geltendes Recht durchzusetzen. Dafür hat die CDU eine schwerpunktmäßige Zusammenarbeit aller Behörden angemahnt und populistische Aktionen kritisiert. Nur wenn die Bürger der Verwaltung zutrauen, dass der soziale Friede in den Stadtteilen gewahrt und Rechtsbrüche geahndet werden, haben Rechtspopulisten keine Chance.

### **Was wir wollen**

Die CDU will den Stillstand in der Stadt beenden; neue Impulse setzen und die Entwicklung der Stadt vorantreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Duisburg in gleicher Weise für Unternehmen und für seine Bürger an Attraktivität gewinnen. Dies gelingt nur dann, wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen in unserer Stadt verbessert und die Infrastruktur ausgebaut werden. Die CDU hat bewiesen, dass sie in

relativ kurzer Zeit viel bewegen kann. Mit der Ansiedlung von Ostermann sowie der hoffentlich baldigen Fertigstellung des Stadtfenster-Neubaus werden derzeit die letzten Projekte aus der maßgeblich von der CDU gestalteten Periode umgesetzt. Daran wollen wir anknüpfen. Wir wollen den Dialog mit Investoren und das Gespräch mit dem Bürger. Wir wollen Neues schaffen und Altes bewahren. Dafür setzt die CDU auf eine Politik mit Augenmaß, frei von Ideologien und haltlosen Versprechungen. Wir wollen eine realistische Politik, die den Bürger bei der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung mitnimmt, statt ihn mit neuen Steuern und Gebühren zu quälen. Vor fünf Jahren haben wir gesagt: Duisburg kann besser. Jetzt sagen wir: Stillstand abwählen.

## Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik 2014-2020

Seit der Amtsübernahme durch den SPD-Oberbürgermeister Sören Link ist die Entwicklung der Stadt Duisburg praktisch komplett zum Erliegen gekommen. Die noch unter CDU-Führung angestregten und teilweise bereits fertig projektierten Konzepte wurden gar nicht oder nur schleppend fortgeführt. Augenfällige Beispiele hierfür sind das Stadtfenster oder das Mercatorquartier. Das von der CDU in Auftrag gegebene Entwicklungskonzept des Stararchitekten Sir Norman Foster ist unter der SPD-Führung nicht konsequent weiter verfolgt worden, die Ansiedlung neuer Unternehmen nicht gelungen. Duisburg steht still.

Es ist das oberste Ziel der CDU, diesen Stillstand zu durchbrechen. Die CDU will an die erfolgreiche Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Jahre 2004 bis 2009 anknüpfen. Dafür verfolgt die CDU folgende Ziele:

- Einsatz eines Wirtschaftsbevollmächtigten zur Bestandspflege und Akquise neuer Unternehmen für Duisburg

Die Stadt Duisburg muss mit ihrem Spitzenpersonal ständigen Kontakt zu den wichtigen Arbeitgebern Duisburgs halten. Als negatives Beispiel für schlechte Kontaktpflege ist der Wegzug der Firma Alltours zu nennen. Die Stadtspitze wurde davon völlig überrascht. Das kann und darf nicht sein. Mit dem Wirtschaftsbevollmächtigten will die CDU eine Position geschaffen, die einerseits den Kontakt zu bestehenden Unternehmen pflegt und gleichzeitig die Akquise von neuen Unternehmen auf höchster Ebene sicherstellt. Der Bevollmächtigte soll sich zudem für beschleunigte Genehmigungsverfahren und ein verbessertes Flächenmanagement einsetzen.

### Zoo Duisburg

Vier von fünf Besuchern des Duisburger Zoos kommen nicht aus Duisburg: Damit ist der Zoo fraglos einer der wenigen Anziehungspunkte der Stadt und wichtig für die Außendarstellung. Die Besucherzahlen sind allerdings stark rückläufig. Einer der Gründe dafür ist die nachlassende Qualität und der Sanierungsstau im Zoo. Dem Zoo fehlt das Geld, weil die grundsätzliche Finanzierung zu niedrig angesetzt ist.

Seit Jahren stagniert der städtische Zuschuss an den Zoo bei 2,1 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die Stadt Köln alimentiert den Zoo mit mindestens 3,5 Millionen Euro, auch Wuppertal (3,9 Millionen Euro) und Münster (4,1 Millionen Euro) lassen sich die städtische Attraktion „Zoo“ deutlich mehr kosten.

Die CDU Duisburg wird sich deshalb für eine auskömmliche Finanzierung des Zoos einsetzen. Nur mit einem höheren Förderansatz kann der Zoo die dringend notwendigen Renovierungsarbeiten an den maroden Anlagen leisten und die Qualität des Tierbestands ausbauen beziehungsweise erhalten.

- Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung des Straßenzustands in Duisburg mit anschließender schnellstmöglicher Umsetzung der dringendsten Sanierungsmaßnahmen
- Fortsetzung der Entwicklung „Duisburg an den Rhein“ insbesondere durch Fertigstellung des Rheinparks und dessen Anbindung zur Innenstadt
- Einführung eines Brückenmanagements zur Bestandsaufnahme des Zustands der Brücken sowie Planung und Realisierung der notwendigen Sanierungen
- Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen insbesondere durch Brachflächenrecycling, Verbesserung des Flächenmanagements
- Entwicklung eines Konzeptes zur Verbesserung der Anbindung der Gewerbe-, Industrie- und Logistikflächen unter Verringerung der Belastungen für die Wohngebiete
- Aufbruch des Stillstands bei der Innenstadtentwicklung unter größtmöglicher Berücksichtigung des Masterplans von Sir Norman Foster, einschließlich Revitalisierung des Bereiches um die Münzstraße
- Aufbruch des Stillstands bei der Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhof-Geländes
- Zügige Umsetzung der Planungen für die Bahnhofsplatte
- Umsetzung der Ansiedlung auf dem Zeus-Gelände und Umsetzung der Planungen zur Errichtung eines FOC zur Verbesserung der Wirtschaftskraft im Duisburger Norden
- Einrichtung eines kostenlosen Wifi-Netzwerks in der Innenstadt

## **Arbeits- und Sozialpolitik 2014-2020**

Die Zahl der Menschen, die in Duisburg von sozialen Transferleistungen abhängig sind, ist in den vergangenen Jahren nicht gesunken. 35.000 Menschen sind arbeitslos und über 80.000 Menschen auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Trotz hervorragender Standortqualitäten ist es Oberbürgermeister Sören Link in den vergangenen Jahren nicht gelungen, durch die Ansiedlung neuer Unternehmen neue Arbeitsplätze nach Duisburg zu holen. Die Stadt Duisburg hat nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit erneut die „Rote Laterne“ im Ruhrgebiet übernommen.

Dafür gibt es Gründe: etwa die nicht nachvollziehbare Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Firmen verlassen die Stadt Duisburg und umsetzungsreife Projekte liegen auf Eis. Es fehlen attraktive Angebote von Gewerbe- und Industrieflächen. Das Einwerben und die Ausnutzung europäischer Fördermitteln finden nur unzureichend statt. Die CDU wird hier ein abgestimmtes Konzept entwickeln, damit Arbeitsplätze gerade für junge Menschen in Duisburg entstehen. Neue Arbeitsplätze sind die beste Sozialpolitik.

### **Aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik**

Die CDU will die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder zurück in kommunale Verantwortung holen, damit Menschen für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert werden können und

### **Zuwanderung**

Die Stadt Duisburg leidet in besonderem Maße unter den Folgen der Zuwanderung aus Südost-Europa. Mehr als 10.000 Menschen sind in den vergangenen zwei Jahren nach Duisburg gezogen. Seit dem 1. Januar 2014 steigt diese Zahl auf Grund der neu gewährten Freizügigkeit noch einmal sprunghaft an. Doch die überwiegende Mehrheit der Armutsflüchtlinge steht dem hiesigen Arbeitsmarkt wegen ihrer fehlenden Bildung gar nicht zur Verfügung. Die europarechtlich verankerte Freizügigkeit zum Zweck der Arbeitssuche trifft auf die in Duisburg lebenden Menschen aus Südost-Europa mehrheitlich nicht zu. Die CDU setzt sich daher für intensive Kontrollen dieser Zuwanderer ein, um Sozialmissbrauch und Kriminalität vorzubeugen.

Ausdrücklich begrüßt die Duisburger CDU den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung. Die darin finanziellen Soforthilfen werden dringend benötigt. Gleichzeitig fordert der Bund effektive Kontrollen und will die Zeit der Arbeitssuche begrenzen. Die CDU wird sich daher in Duisburg für eine personelle Stärkung der Verwaltung in den entsprechenden Bereichen einsetzen. Es muss gewährleistet sein, dass die Stadt effektiv gegen Sozialmissbrauch vorgehen kann.

Gleichzeitig wollen wir eine gezielte Nach- und Neuqualifizierung der integrationswilligen Zuwanderer. Die CDU wird sich konsequent gegen ihre Ausbeutung etwa durch eine rücksichtslose Vermietungspraxis wehren. Die Verelendung und Ghettoisierung in Duisburger Stadtvierteln muss durch alle verfügbaren ordnungsbehördlichen Maßnahmen bekämpft werden.

wichtige kommunale Arbeitsfelder auch weiterhin über Gemeinwohlarbeit sichergestellt werden.

Die Abgabe der Verantwortung für aktive Arbeitsmarktpolitik an ein oft als anonym empfundenes Jobcenter war ein gravierender Fehler der SPD und des Oberbürgermeisters. Die CDU wird diesen Fehler korrigieren, denn wir wollen aktiv Arbeit statt Arbeitslosigkeit in Duisburg finanzieren.

### **Wohnen**

Duisburg braucht einen attraktiven sozialen Wohnungsbau, um Stadtquartiere unter Berücksichtigung des demographischen Wandels zu gestalten. Wir werden uns für eine aktive Quartiersarbeit zur Entwicklung und Begleitung nachbarschaftlicher Aktivitäten einsetzen.

Unter dem jetzigen Oberbürgermeister werden für Duisburg bereitstehende Fördermillionen etwa aus Bundesmitteln oder europäischen Fördertöpfen nicht abgerufen. Die CDU wird das Angebot für altengerechtes, barrierefreies Wohnen ausweiten und dafür Sorge tragen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten entsteht. Für junge Familien werden wir attraktive Wohnbauflächen zur Verfügung stellen und sie über eine Senkung der Grundsteuer entlasten.

### **Senioren**

Der demografische Wandel ist für alle Großstädte eine besondere Herausforderung. Durch aktive politische Gestaltung soll Duisburg künftig Vorreiter dieses positiven Wandels werden.

Wir wollen dem wachsenden Bedarf an altersgerechten Wohn- und Dienstleistungsangeboten gerecht werden. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, möglichst lange in den gewohnten Lebensbereichen ihres vertrauten Stadtteils zu bleiben, eigenständig zu wohnen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Deshalb wird die CDU Duisburg adäquate Freizeit-, Kultur- und Sportangebote entwickeln und weitere Stadtumbaumaßnahmen vornehmen. Sie wird generationenübergreifende gemeinschaftliche Wohnformen fördern (z. B. Mehrgenerationenhäuser). Darüber hinaus werden wir die Modernisierung vorhandener Senioreneinrichtungen fördern und unterstützen. Wir begleiten Konzepte zur Entwicklung einer quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur mit der Möglichkeit einer wohnortnahen Pflege zu Hause, einer guten

ärztlichen Versorgung und einer 24 Stunden Betreuung im gewohnten Wohnumfeld. Die CDU wird sich für einen Ausbau der Tagespflege einsetzen.

### **Menschen mit Behinderung**

Wir setzen uns für eine bessere Inklusion behinderter Menschen ein. Dazu werden wir einen Inklusionsbericht vorlegen, der die Selbsthilfe stärkt und damit kommunale Strukturen verändert und verschlankt.

Wir werden die frühen Hilfen für Kinder ausweiten und Schul- und Verwaltungsgebäude barrierefrei umbauen. Dies geht jedoch nicht ohne die Landesregierung, die im Rahmen ihrer Verantwortung die Städte bei der Umsetzung der Inklusion stärker unterstützen muss.

### **Strukturen straffen und Doppelstrukturen abbauen**

Die CDU wird die Aufgaben der Sozial- und Gesundheitsverwaltung der Stadt Duisburg überprüfen.

Wir wollen einen effizienteren Einsatz von Geldmitteln im Gesundheits- und Sozialbereich sicherstellen, damit soziale Dienstleistungen auch künftig in hoher Qualität gewährleistet werden können. Wir wollen vorhandene Doppelstrukturen aufbrechen, damit soziale Dienste den Duisburger Bürgerinnen und Bürgern passgenauer zur Verfügung gestellt werden können - und zwar in Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen vorhandenen Duisburger Anbietern.

## Schul-, Bildungs- und Familienpolitik 2014-2020

### Schule und Bildung

Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft. Die CDU Duisburg setzt sich für den Zugang von Kindern und Jugendlichen aus allen Gesellschaftsschichten zu einer umfassenden Bildung und für eine größtmögliche Förderung aller Kinder ein. Dies gilt unabhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft, vom Vorhandensein körperlicher oder geistiger Einschränkungen und vom Einkommen der Eltern. Diesem Ziel muss ein differenziertes und ausschließlich an den Bedürfnissen und Ansprüchen der Schüler orientiertes Schulsystem dienen, frei von finanziellen Zwängen, ideologischen Vorurteilen und wenig durchdachten und erprobten Schulreformen. Der Elternwille gibt dabei die Zielsetzung der CDU Duisburg vor.

#### ▪ **Schulentwicklung mit Weitsicht planen**

Schulorganisatorische Maßnahmen sind behutsam den sich wandelnden Bedingungen der Schulentwicklung (z.B. demographischer Wandel; Inklusion) anzupassen. Sie setzen eine kluge und umsichtige Schulentwicklungsplanung voraus. Die CDU setzt daher wie bisher vor allem auf einen intensiven Meinungsaustausch mit Eltern, Schülern sowie Lehrkräften und deren Vertretungen. Genauigkeit und Vollständigkeit der Planungen besitzen bei allen Überlegungen eine unverzichtbare Priorität. Übereiletem Vorgehen erteilt die CDU eine klare Absage.

- Im Primarbereich (Grundschulen) gilt für die CDU Duisburg das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ mit wohnungsnahen Grundschulen in allen Stadtquartieren. Die demographische Entwicklung und die Veränderungen im Lern- und Lehrverhalten werden allerdings in Zukunft auch organisatorische Anpassungen und bauliche Veränderungen an den städtischen Grundschulen notwendig machen. Die erforderlichen Entscheidungen wird die CDU Duisburg immer in enger Abstimmung mit den Eltern, Schülern sowie Lehrkräften treffen.
- An den weiterführenden Schulen kommt der Sekundarstufe I (Klassen 5-9/10) eine unterschiedliche Bedeutung zu. Während einige Kinder zunächst Defizite aufholen müssen und eine sehr individuelle Förderung benötigen, sind andere intensiv auf eine an den mittleren Abschluss anschließende Berufsausbildung

oder auf die Berufskollegs beziehungsweise die gymnasiale Oberstufe vorzubereiten. Die CDU ist sich der großen Verantwortung bewusst, die dafür geeigneten Schulform und die notwendigen materiellen Voraussetzungen durch den Schulträger zu finden.

- Das sogenannte „Turboabitur“ (das achtjährige Gymnasium, G8) hat die Gymnasien, deren Schüler, Lehrkräfte und Eltern, vor große Herausforderungen gestellt, vor allem da das Land eine angemessene Reduzierung bzw. Anpassung der Lehrpläne versäumt hat. Ein wesentlicher Grund für die Einführung von G8 war, dass Jugendliche aus NRW nicht schon aus Altersgründen gegenüber anderen Bundesländern bzw. anderen Ländern Europas abgehängt werden sollten. Die CDU NRW lag mit ihrer Entscheidung für das G8-Abitur trotz aller verständlicher Bedenken richtig. Dies beweist die Tatsache, dass nur wenige Gymnasien auf das Abitur nach 9 Jahren zurückgegangen sind. Aus unserer Sicht muss das G8 weiterentwickelt werden, um die Belastung von Schülern und Lehrern zu reduzieren.
- Der Errichtung von Sekundarschulen steht die CDU offen gegenüber und hat dies im Duisburger Schulkompromiss mitgetragen. Die Voraussetzung zur Bildung weiterer Sekundarschulen ist jedoch, dass zu diesem Zweck keine funktionierende und vom Elternwillen getragene Realschule geopfert wird.
- Mit großer Besorgnis und Aufmerksamkeit beobachtet die Duisburger CDU die Entwicklung der Hauptschulen, die in ihrem Bestand gefährdet sind. Nachdem die CDU mangels ausreichender Anmeldezahlen der Schließung mehrerer Hauptschulen im Duisburger Stadtgebiet zustimmen musste, müssen nun alle Anstrengungen unternommen werden, einen qualifizierten Unterricht für Schüler mit Hauptschulempfehlung zu sichern. Der praxisorientierte Unterricht der Hauptschulen und Teile der daraus resultierenden pädagogischen Konzepte sollten von den anderen Schulformen übernommen werden.
- Integrationspolitik muss erreichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft ihren Platz finden und am gesellschaftlichen Leben uneingeschränkt teilhaben können. Das setzt möglichst gute Sprachkenntnisse voraus. Oberstes Ziel der Duisburger CDU ist es daher, Kindern schon im Rahmen der frühkindlichen Förderung einen verlässlichen Zugang zur deutschen Sprache zu sichern. Die CDU Duisburg wird auch in den kommenden

Jahren zusätzliche Gelder für Sprachförderung zur Verfügung stellen, um allen Schülern die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn zu ermöglichen und damit langfristig einen wichtigen Beitrag zur Steigerung des Bildungsniveaus zu leisten.

Der starke Zuzug von Menschen aus Südost-Europa verändert auch die Duisburger Schullandschaft: Seiteneinsteigerklassen müssen gebildet, Schulraum zur Verfügung gestellt und die Voraussetzungen für den Schulbesuch (Schuleingangsuntersuchung) geschaffen werden. Hier braucht die Stadt Duisburg finanzielle Unterstützung. Die CDU Duisburg fordert deshalb gezielte Fördermittel, die direkt an die betroffenen Schulen gehen, um Bücher, Schulbedarf und Arbeitsmaterialien anzuschaffen.

- **Gemeinsam über Inklusion entscheiden**

Die CDU stellt fest: „Inklusion hat längst begonnen“. Bereits seit vielen Jahren werden in Duisburg behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet. Für die CDU galt stets der Grundsatz, eine heterogene Schülerschaft ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern und zu fordern. Förderschulen müssen daher dort, wo sie gewünscht und notwendig sind, auch erhalten bleiben. Aus Sicht der CDU gelten das Wohl der Kinder und der Elternwille.

Alle künftigen schulorganisatorischen Maßnahmen werden zwingend die Grundsätze einer inklusiven Beschulung beinhalten müssen. Die rot-grüne Landesregierung bereitet derzeit entsprechende gesetzliche Regelungen vor, ohne sich an den Kosten beteiligen zu wollen. Die CDU setzt sich im Duisburger Schulausschuss dafür ein, dass die Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Schulische Inklusion“ beschlossen wird. Die CDU will damit gewährleisten, dass alle von der schulischen Inklusion Betroffenen in den Entscheidungsprozess frühzeitig einbezogen werden. Inklusion ist aber nicht nur eine schulische Aufgabe. Die CDU wird sich im Rat der Stadt Duisburg für einen Ausschuss Inklusion einsetzen.

- **Analphabetismus bekämpfen**

Eine kürzlich veröffentlichte Studie hat deutlich gemacht, dass jeder fünfte Deutsche kurze Texte nicht lesen oder schreiben kann. Lesen und Schreiben sind die Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die CDU

wird daher alles dafür tun, um die Zahl Duisburger Bürger mit Lese- und / oder Rechtschreibschwächen stetig zu verringern. Hier sind besonders die Weiterbildungsinstitute VHS und Stadtbücherei gefragt. Grundsätzlich gilt: Schulabgänger müssen Lesen und Schreiben können.

- **Schulbau- und Sporthallensanierungsprogramm fortsetzen**

In den zurückliegenden Jahren ist auf der Grundlage der durch die CDU initiierten Schulentwicklungsplanung ein Teil der Duisburger Schulen und Schulsportanlagen renoviert worden. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Lehrkräfte sowie Schüler von den zum großen Teil sehr aufwendigen Sanierungen in hohem Maße profitiert haben. Es bleibt daher auch in Zukunft die feste Absicht der Duisburger CDU, die Sanierung fortzusetzen.

- **Schulsozialarbeit**

Die CDU Duisburg wird die Zusammenarbeit der Schulen untereinander und mit dem Jugendamt im Hinblick auf ein friedliches Miteinander an den Schulen stärken. Wir möchten die bestehenden Angebote wie etwa das Streitschlichter-Programm gegen Gewalt an Schulen weiterführen, damit Gewalt und Unfrieden unter den Schülern unserer Stadt keine Chance haben. Eine besondere Rolle sehen wir in der Schulsozialarbeit. Diese muss fortgeführt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Die Zeiten der Schulsozialarbeiter dürfen nicht auf die Lehrerstellen angerechnet werden, da dies zwangsläufig zu Unterrichtsausfall führt und damit den Bildungsansprüchen der CDU Duisburg widerspricht.

- **Bessere Koordinierung zwischen Schule, Sport und Jugendarbeit**

Durch den eingeführten Ganztags- und längere tägliche Schulzeiten gibt es einen Konflikt zwischen Schulzeiten auf der einen Seite und den Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche auf der anderen Seite. Hier muss es eine bessere Koordinierung zwischen Schule, Sportvereinen und Jugendverbänden geben. Diese wichtige soziale und integrative Arbeit insbesondere in den Stadtteilen darf nicht verloren gehen.

## **Familienpolitik**

Familienfreundlichkeit ist unter Rot-Rot-Grün dem Rotstift geopfert worden. Nicht der verantwortliche Dezernent für Jugend und Familie hat in den letzten Jahren den Ton in der Familienpolitik angegeben, sondern der Stadtkämmerer.

Die CDU Duisburg versteht Kinder, Jugendliche und Familien als Einheit, die es auch kommunal zu fördern gilt. Die CDU lässt sich dabei vom Grundgedanken einer familienfreundlichen Stadt leiten. Dabei sind nach unserer Auffassung insbesondere folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

1. Wir wollen jungen Familien einen Anreiz geben, nach Duisburg zu ziehen. Dafür werden wir die Grundsteuer senken, um sowohl Eigentümer als auch Mieter sofort finanziell zu entlasten.
2. Die Versorgung der Familien mit Kindergartenplätzen ist durch Rot-Rot-Grün in eine Schieflage geraten. Die flächendeckende Versorgung vor Ort mit Kita-Plätzen hat für die CDU Duisburg Priorität
3. Neben eines Ausbaus der aufsuchenden Sozialarbeit (Streetwork), sind für die CDU insbesondere die Angebote der offenen Jugendarbeit von besonderer Bedeutung. Das Jugendzentrum ist für die CDU kein Auslaufmodell. Die Trägervielfalt ist dabei von großer Bedeutung.
4. Kinder und Jugendliche müssen ihren Lebensraum mitgestalten können. Deshalb sind Partizipationsmöglichkeiten insbesondere im Hinblick auf Schulhöfe, Spielflächen und Bebauungsplätzen zu prüfen.
5. Die CDU wird das von ihr entwickelte Modell der Familienkarte ausbauen und weitere Vernetzungsmöglichkeiten untersuchen.
6. Für die CDU gilt bei der Familienförderung der Grundsatz „ambulant“ vor „stationär“. Ambulante wie stationäre Hilfen sind hinsichtlich ihrer Effizienz zu prüfen.
7. Vor dem Hintergrund weiterer Zuwanderung aber auch auf Grund von Sprachstandserhebungen bei Kindern hat der Spracherwerb in der Frühförderung unserer Kinder einen besonderen Stellenwert.

## **Finanzpolitik 2014 - 2020**

Die dringend notwendige Konsolidierung der Duisburger Finanzen ist nur dann zu leisten, wenn die Einnahmen steigen. Eine Haushaltssanierung durch Kürzungen wird nicht funktionieren. Um die Einnahmen zu steigern, braucht Duisburg zwingend mehr Steuerzahler - sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Bürger. Die CDU wird deshalb alles tun, um Steuereinnahmen zu erhöhen und alles unterlassen, was dieses Ziel gefährdet.

### **1. Senkung der Grundsteuer**

Wir wollen, dass versicherungspflichtig Beschäftigte und Familien nach Duisburg ziehen. Dafür schaffen wir mit der Senkung der Grundsteuer neue Anreize.

### **2. Senkung der Gewerbesteuer**

Die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 505 v. H. hat Unternehmen verschreckt und aus der Stadt vertrieben. Die Zahl der Arbeitsplätze ist rückläufig. Diesem Trend müssen wir entgegenwirken und werden deshalb die Gewerbesteuer auf ein erträgliches Maß reduzieren.

### **3. Umsetzung von Großprojekten**

Die Stadt muss die Voraussetzungen für versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Duisburg schaffen. Der jetzige Stillstand muss beendet werden. Dazu gehört, dass beispielsweise Projekte wie die Errichtung von Möbelzentren im alten Güterbahnhofbereich und in Meiderich sowie das FOC in Hamborn vorrangig unterstützt werden.

Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen sieht die CDU erhebliches Verbesserungspotential bei der Stadtverwaltung. Diese Verbesserungen entlasten unmittelbar den städtischen Haushalt:

### **1. Verschlankung der Duisburger Stadtverwaltung**

Im Haushaltssanierungsplan für 2014 hinkt der Personalabbau mit 148 Stellen hinter den selbst gegebenen Vorgaben zurück. Die bisherigen Aufgaben der Stadt müssen der Personalreduzierung angepasst werden.

## **2. Effizientes Forderungsmanagement**

Es ist unerträglich, dass Abrechnungen von Krankenfahrten, Mitgliederbeiträgen und ähnlichem erst nach über einem Jahr erfolgen. Der Stadt gehen dadurch Millionenbeträge verloren.

## **3. Keine Parteibuchpolitik bei der Besetzung von kommunalen Spitzenpositionen**

Bei den Wirtschaftsbetrieben wurde der Vorstand um zwei Personen vergrößert, obwohl dies fachlich nicht geboten war. Dies geschah, um politische Weggefährten von Rot-Rot-Grün zu versorgen. Kommunale Spitzenämter können nicht nach Gutsherrenart vorgegeben und weggenommen werden. Der Fall des DVV\_Vorsitzenden zeigt dies eindrucksvoll: Erst wurde sein Arbeitsvertrag vorzeitig verlängert, dann wurde er ohne konkrete Angabe von Gründen entlassen – zu Lasten der Stadt Duisburg. Es ist zudem wirtschaftlich unsinnig, städtische Gesellschaften aufzulösen, wenn deren ehemalige Geschäftsführer danach weiter bezahlt werden müssen. So geschehen bei der Innenstadtentwicklungsgesellschaft und der GFB.

## **Integrationspolitik 2014 – 2020**

Über 35 Prozent der in Duisburg lebenden Menschen sowie über 50 Prozent der eingeschulter Grundschulinder sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Folgerichtig ist, dass in zehn Jahren 50 Prozent der Wahlberechtigten (zumindest bei den Kommunalwahlen) Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sein werden.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess und hat zum Ziel, ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in diesem Land zu ermöglichen und zu fördern. Jeder pflegt dabei seine eigene Kultur auf einer gemeinsamen Wertebasis. Grundlage hierfür ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Der Abbau von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit sowie die Mitverantwortung bei der aktiven Gestaltung des Zusammenlebens und die Akzeptanz einer durch Migration veränderten Gesellschaft sind die tragenden Säulen einer gelingenden Integrationspolitik.

Die Integrationspolitik war immer ein wichtiges Thema der Duisburger Stadtpolitik und wird es in Zukunft, auch wenn die Schwerpunkte sich ändern, bleiben. Bis 2007 war die Integrationspolitik ausgerichtet auf die Zuwanderer der klassischen Gastarbeiterzeit. Seit 2007 kommen immer mehr Menschen im Rahmen der EU-Erweiterung aus Südosteuropa nach Duisburg.

Da diese auf EU-Recht basierende neue Zuwanderungswelle für unsere Stadt nicht nur eine soziale, sondern auch eine finanzielle Herausforderung ist, wird es uns mit den bewährten Integrationskonzepten sehr schwer gelingen, die Armutszuwanderer in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Die Erfolge und Misserfolge der Integration werden immer zuerst auf kommunaler Ebene sichtbar. Somit sind es auch die Kommunen, die die größte Last bei allen Integrationsbemühungen zu tragen haben.

Die CDU will Strukturen schaffen, die sowohl die Integration der Gastarbeitergeneration als auch die der Neuzuwanderer im Zuge der europäischen Erweiterung in die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in unserer Stadt und in Deutschland ermöglichen.

Die CDU Duisburg setzt sich insbesondere ein für:

1. Bessere Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft

Dabei stellen wir fest, dass Integration (insbesondere der Zuwanderer aus der Gastarbeiterzeit) nach über 50 Jahren der Migrationsgeschichte nicht nur an das Erlernen der deutschen Sprache gekoppelt ist. Sprache ist Voraussetzung, aber Integration ist auch eine emotionale Angelegenheit.

2. Gleichbehandlung aller Zuwanderergruppen

Der Fokus darf nicht alleine auf Zuwanderer aus Südosteuropa gelenkt werden. Insbesondere die ersten Generationen der Gastarbeiter kommen jetzt verstärkt ins Rentenalter mit den daraus resultierenden gesundheitlichen und sozialen Problemen.

3. Sicherstellung gesundheitlicher Vorsorge, interkulturelle Seniorenarbeit und kultursensible Altenpflege

4. Kampagne zur eigenen Standortbestimmung der Zuwanderer

Viele Menschen aus der Gastarbeitergeneration sind im Bewusstsein eines zeitlich befristeten Aufenthalts nach Deutschland gekommen. Sie haben mental auf „gepackten Koffern“ gelebt. Viele haben in der alten Heimat investiert und Häuser gebaut. Doch viele dieser Menschen müssen im Alter erkennen, dass es eine Rückkehr nicht geben wird, weil die eigenen Kinder in Deutschland bleiben oder die eigene Gesundheit es nicht zulässt. Damit nachfolgende Generationen ihre eigene Identität finden können, unterstützt die CDU eine entsprechende Kampagne bei der Menschen mit Migrationshintergrund ihren künftigen Lebensmittelpunkt bestimmen sollen.

5. Förderung von Vereinen

Interessierte Vereine sollen auf freiwilliger Basis eine Vereinbarung mit der Stadt schließen, in der integrationspolitische Ziele festgesetzt werden. Im Gegenzug unterstützt die Stadt diese Vereine. Die erfolgreichsten Vereine werden mit dem symbolischen „Integrationspreis“ gewürdigt.

6. Gleichberechtigte Teilhabe an Schule, Ausbildung, Beruf und Kultur

7. Unterstützung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Suche nach einem Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz.

8. Anerkennung der Duisburger Imame und Vorsteher der übrigen religiösen Gemeinden als wichtige Multiplikatoren
9. Durchsetzung der berechtigten Ansprüche des Integrationsrates
10. Förderung des Ehrenamtes von Migranten
11. Gewinnung von zugewanderten Familien als Pflegefamilien
12. Förderung der Migranten-Ökonomie
13. Erhöhung des Migranten-Anteils der in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben. Der von der CDU begonnene Prozess zur Erhöhung des Migranten-Anteils muss fortgeführt werden.
14. Förderung der Migrantenkultur

## Kulturpolitik 2014-2020

Kultur ist Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Werte und Selbstverständnis kommen insbesondere in kulturellen Formen zum Ausdruck. Kultur ist die Seele einer Stadt. Die Kulturangebote Duisburgs müssen deshalb auch weiterhin über ihre Grenzen hinaus Beachtung finden. Zu nennen sind beispielsweise:

- die Duisburger Philharmoniker,
- die Deutsche Oper am Rhein,
- das Theater der Stadt,
- die Mercatorhalle
- die Museen
- die freie Kulturszene,
- der Landschaftspark Duisburg-Nord,
- die Kultur in den Stadtteilen

Die CDU Duisburg fühlt sich einer lebendigen und funktionierenden Kulturlandschaft in besonderem Maße verpflichtet. Dies gilt auch für kulturelle Bildungsangebote. Die CDU Duisburg will jedem Bürger eine zukunftsweisende Volkshochschule und Stadtbibliothek zur Verfügung stellen. Veranstaltungsreihen wie die Duisburger Akzente, die Ruhrtriennale, das Filmforum mit seinem Sommerkino, das Traumzeit-Festival und die Open Air Konzerte der Duisburger Philharmoniker und der Deutschen Oper am Rhein sind Höhepunkte im kulturellen Leben unserer Stadt und müssen gesichert werden. Auch in Zeiten knapper kommunaler Finanzen steht die CDU für ein breites kulturelles Angebot in der Stadt Duisburg. Dies zu erhalten und zu fördern, ist unsere Aufgabe.

Unsere Ziele sind:

- Die zügige Wiedereröffnung der Mercatorhalle im CityPalais, damit die Duisburger Philharmoniker endlich wieder eine international herausragende Spielstätte haben
- Die personelle und sachliche Ausstattung der Duisburger Philharmoniker als Orchester
- Die Förderung des Lehmbruck-Museums in einem zukunftsgerechten Gebäude

- Der Erhalt der Stadtteilbibliotheken
- Die Förderung der freien Kulturszene
- Ein Masterplan Kultur

Die CDU Duisburg steht für ein spartenübergreifendes Kulturangebot und unterstützt die Entwicklung Duisburgs als Stadt der Hoch- und Breitenkultur. Dabei muss das kulturelle Angebot der besonderen Geschichte der Stadt Duisburg Rechnung tragen. Duisburg ist eine internationale Stadt. Die Bürger dieser Stadt stammen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen. Die CDU will deshalb internationale Kulturveranstaltungen in besonderer Weise fördern.

Die CDU Duisburg setzt auf eine flexible Kulturförderung, die verschiedenen Zielgruppen und allen Stadtteilen gerecht wird.

Kunst im öffentlichen Raum und architektonische Kunst sollen mit der CDU

Duisburg zum internationalen Markenzeichen unserer Stadt weiterentwickelt werden.

Kulturelle Vielfalt braucht die Mithilfe der öffentlichen Hand. Zu dieser Verantwortung stehen wir als CDU Duisburg. In Ergänzung zur öffentlichen Kulturförderung ist allerdings auch weiterhin die Unterstützung durch Sponsoren erforderlich.

Zur Kultur in Duisburg gehören nach Auffassung der CDU auch die Brauchtumspflege, wie der rheinische Karneval und das Schützenwesen sowie die Förderung des Duisburger Geschichtsbewusstseins.

Besonderes Augenmerk legt die CDU Duisburg auf das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an das kulturelle Leben unserer Stadt. Dies wird beispielsweise durch die Projekte „Klasse! Klassik“ der Duisburger Philharmoniker und den Spieltrieb im Stadttheater verwirklicht. Einen wichtigen Beitrag in dieser Hinsicht bildet aber auch das Programm „Jedem Kind ein Instrument“, durch das allen Grundschulkindern in Duisburg ermöglicht wird, ein Musikinstrument zu erlernen.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht die CDU Duisburg im Heranführen junger Menschen an die Literatur. Hier ist die jährliche „Internationale Kinder- und Jugendbuchausstellung (IKIBU)“ ein gutes Beispiel.

## Sportpolitik 2014 – 2020

Die CDU Duisburg hat in den vergangenen fünf Jahren für die Sportstadt Duisburg Projekte umgesetzt, die den Sport in Duisburg weiter nach vorne bringen:

- Der Neubau des Hallenbades in Duisburg-Rheinhausen wurde fertiggestellt und ist für die Bürger des Duisburger Westens eine große Bereicherung
- Der Neubau der Vierfach-Sporthalle in Duisburg-Hamborn wurde trotz des erheblichen Widerstandes der SPD endlich begonnen und wird voraussichtlich in diesem Jahr fertiggestellt.

An diesen gestalterischen Ansätzen will die CDU Duisburg festhalten und das Sportangebot für den Bürger weiter ausbauen:

1. Die CDU will einen Sportentwicklungsplan für Duisburg mit folgenden Schwerpunkten erstellen:

- Informationssystem für sämtliche Sportstätten in Duisburg
- Verbesserungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen für Sportstätten (Qualitätsmanagement)
- Kunstrasenprogramm
- Förderung des Leistungssports

2. Bau eines neuen Hallenbades im Duisburger Süden

3. Attraktivierung des Sportparks Duisburg

- Sanierung bzw. Renovierung der Eissporthalle/Mehrzweckzentrums

### MSV Duisburg

Der MSV Duisburg ist als Traditionsverein und Fußballmarke ein Aushängeschild für die Stadt. Die Solidarität der Fans hat gezeigt, wie stark die identitätsstiftende Kraft des MSV ist.

Die andauernden finanziellen Schwierigkeiten der verschiedenen Gesellschaften des MSV haben die Stadt Duisburg jedoch in eine Zwangslage manövriert. Nur durch den Einsatz von Steuergeldern kann die Insolvenz der Stadionprojektgesellschaft abgewendet werden. Aus Sicht der CDU gab es zu dieser Entscheidung keine Alternative, da der Stadt als Erbpachtgeber des Grundstücks eine kostenintensivere Sicherheitspflicht für das dann ungenutzte Stadion droht.

Die CDU wird sich auch weiterhin für einen Erhalt des MSV einsetzen- allerdings nur unter veränderten Bedingungen:

1. Die Geschäftsführung der Stadionbetriebsgesellschaft erstattet dem Rat vier Mal pro Jahr Bericht über die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft
2. Die Spielbetriebsgesellschaft bestellt einen qualifizierten Geschäftsführer, dessen Aufgabe allein in der finanziellen Steuerung besteht. Er kontrolliert die Planungen der sportlichen Leitung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.
3. Eine Querfinanzierung des Profisports durch die Stadionbetriebsgesellschaft muss ausgeschlossen werden.

- Steigerung der Regattabahnaktivitäten
4. Klare Vereinbarung mit dem Immobilienmanagement der Stadt Duisburg über Hallenzeiten, Ausstattung und Nutzungszeiten der Duisburger Sportstätten für Vereine
  5. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen DuisburgSport und dem Stadtsportbund Duisburg
    - Effizienzsteigerung von DuisburgSport durch Verschlankeung der Verwaltung

## Umweltpolitik 2014-2020

Die CDU Duisburg will den Weg zu einer bürgerfreundlichen und grünen Stadt weiter forcieren. Die Stadt steht immer noch im Wandel von der durch Kohle und geprägten „Stadt Montan“ zu einem hervorragenden Dienstleistungsstandort. Ein Schwerpunkt ist die Logistik. Grundvoraussetzung dafür ist die gute Verkehrsanbindung. Die Stadt hat durch weltweit bekannte Forschungsinstitute viel an Profil gewonnen, die arbeitsplatzschaffend und umweltverträglich arbeiten. Eine reine Dienstleistungswirtschaft, ohne industrielle Kernbereiche, ist jedoch keine Alternative. Ziele unserer Duisburger Umweltpolitik muss es daher sein, die Lebensqualität in Duisburg weiter zu steigern. Die CDU ist seit Jahren Vorreiter einer vernunftgesteuerten und sachorientierten Umwelt- und Grünpolitik, die auf Ökologie und Ökonomie ausgerichtet ist.

Die wichtigsten Maßnahmen sind:

- Klimaschutz mit weiterer Minimierung von Schadstoffen in Luft Boden und Wasser
- Weitere Lärminderung
- Umweltfreundliche Entsorgungskonzepte
- Umweltvorsorge d.h. Entwicklung, Prüfung und Einsatz neuer Umwelttechnologien in Kooperation mit Industrie, Universität, Verwaltungen, Schulen und Umweltverbänden
- Verbraucherschutz und Verbraucherberatung
- Ausweitung und Erhalt von Grünflächen in Duisburg
- Ausbau der Rad- und Wanderwege
- Schutz einheimischer Flora und Fauna.

## **Personal- und Verwaltungspolitik 2014 bis 2020**

Die Optimierung der Stadtverwaltung Duisburg gehört zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Der gesellschaftliche Wertewandel und die Veränderung der ökonomischen, informationstechnischen und demografischen Rahmenbedingungen erfordern eine umfassende Umstrukturierung mit neuen strategischen Zielen und Organisationsprinzipien bei der Verwaltung.

Insgesamt muss das Ziel der immer bessere Aufbau wirtschaftlicher und bürgerorientierter Organisationsformen sowohl nach außen als auch nach innen sein. Der Bürger ist dabei Kunde.

Eine größere Bürgerzufriedenheit mit den Dienstleistungen und Produkten der Stadtverwaltung wird durch ein wirtschaftliches, transparentes sowie kundenorientiertes Verwaltungshandeln erreicht („Gläsernes Rathaus“). Ferner gilt es, die mitgestaltende Rolle der Bürger zu stärken und entsprechende Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement zu schaffen.

Verwaltungshandeln ist Dienstleistung. Nur eine konsequente Bürgerorientierung und ein qualitatives Leistungsangebot prägen nach Überzeugung der CDU Duisburg das neue Verständnis der Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen und stärken die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt.

Die Duisburger Bürger haben als Kunden ihrer Stadt einen Anspruch auf:

- ständige Ansprechbarkeit/Erreichbarkeit in der Verwaltung und einen barrierefreien Zugang
- unverzügliche und kompetente sowie kundenorientierte Vorgangsbearbeitung (Ausbau des E-Government)
- Beibehaltung der sieben Bezirksämter, ihres dezentralen Angebotes sowie der flexiblen Öffnungszeiten
- Neubürgerservice

Auf diese Weise wird das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung verbindlich und verlässlich gestaltet.

## **Zukunftsausrichtung der Duisburger Stadtverwaltung**

Struktur und Arbeitsweise der Stadtverwaltung müssen kostenbewusst und transparent sein. Die Produkte müssen für alle Bereiche einer betriebswirtschaftlichen Kosten- und Leistungsrechnung unterworfen werden. Die entsprechende Plattform bietet hierzu das neue kommunale Finanzmanagement.

Dem „Konzerngedanken“ muss zukünftig unter strukturellen wie aufgabenbezogenen Gesichtspunkten breiter Raum eingeräumt werden. Ausgliederungen dürfen nicht zu isoliert handelnden Einheiten führen, sondern müssen politisch wie verwaltungstechnisch auf die Kernverwaltung ausgerichtet sein.

Verwaltungshandeln und Verwaltungsoptimierung müssen von Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Mitarbeiter getragen sein. Flache Hierarchien, ziel- und ergebnisorientierte Steuerung, Bürgerorientierung sowie gesellschaftliche Veränderungsprozesse – wie beispielsweise der demografische Wandel – stellen neue Anforderungen an Mitarbeiter und Führungskräfte. Kundenorientierung erfordert neben fachlicher und technischer insbesondere auch soziale, kommunikative und interkulturelle Kompetenz. Dabei ist die Erhöhung der Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten durch Leistungsanreize und optimale technische Ausstattung der Arbeitsplätze notwendig.

Für die Umsetzung der Aufgaben und Erreichung der Ziele ist es strategisch notwendig, dass ein umfassendes Personalentwicklungskonzept auf der Basis vorhandener Ansätze neu aufgestellt und fortgeschrieben vorgelegt wird. In diesem ist die zukünftige Personalplanung und -entwicklung transparent darzustellen.

Die Personalbewirtschaftung ist dabei unter besonderer Berücksichtigung der Haushaltskonsolidierung und eines flexiblen Personalaustausches im Konzern „Stadt Duisburg“ unter Wahrung der Rechte der jeweiligen Mitarbeitervertretung durchzuführen.

Nach Ansicht der CDU muss die Stadt Duisburg auch künftig sicherstellen, dass sich junge Menschen um einen Ausbildungsplatz bei der Stadt bewerben können. Zur Wahrung der Chancengleichheit muss die Entscheidung ausschließlich nach dem Ergebnis des

Auswahlverfahrens Das Auswahlverfahren muss dabei unter Beachtung der aktuellen Rahmenbedingungen kontinuierlich angepasst, möglichst verbessert werden.

## Immobilienmanagement 2014 – 2020

Dem Immobilienmanagement Duisburg (IMD) ist es in der Vergangenheit gelungen, neben der Verwaltung der übertragenen Immobilien eine gute Vermarktung von Wohngrundstücken zu erreichen und damit eine gezielte Einwohnerförderung zu betreiben und die sozialen Strukturen in Duisburg zu festigen und zu verbessern.

Daneben konnten Investitionsprogramme etwa für Schulimmobilien realisiert werden, das IMD steuerte Konjunkturprogramme für die Stadt. Dies alles unter den strengen Vorgaben eines Haushaltssanierungsplans, die vom IMD erfüllt wurden. Um die bisherige Aufgabenvielfalt auch weiterhin leisten zu können, sieht die CDU Duisburg allerdings erheblichen Handlungsbedarf.

- Leerstehende Schulgebäude belasten den IMD-Wirtschaftsplan erheblich. Gleiches gilt für andere, im Rahmen von Personalmaßnahmen oder Umstrukturierungen verlassene Liegenschaften. Da eine zügige Vermarktung dieser Objekte bisher nicht umgesetzt wurde, fordert die CDU Duisburg den gezielten Einsatz von entsprechendem Fachpersonal zur Vermarktung der Immobilien. Die Möglichkeit der Einrichtung einer speziellen „Vermarktungsbörse“ für diese Objekte ist zu prüfen. Bei der Vermarktung sind die ersparten Kosten für die Gebäudesicherung durch das IMD preissenkend zu berücksichtigen. Ebenso sollten bei diesen Verkäufen die Bezirke hinsichtlich der zukünftigen Nutzung berücksichtigt werden.
- Der Brandschutz muss optimiert werden. Die Kommunikation und Koordination zwischen den städtischen Beteiligten muss nach Ansicht der CDU verbessert werden, um kurzfristige Schulschließungen oder die Schließung bereits vermieteter Räumlichkeiten zu vermeiden. Die Übernahme der Kosten für den Brandschutz durch die Kernverwaltung ist sicherzustellen.
- Die CDU will eine verbesserte Übernahme zusätzlicher Kosten des IMD, die durch Sonderaufgaben entstanden sind (U3, Sanierung Mercatorhalle, Inklusion). Unrealistische Ansätze hinsichtlich der Gewinne etwa aus der Vermietung von Lehrerparkplätzen dürfen nicht zur Belastung des Wirtschaftsplanes führen.
- Um – wie in der Vergangenheit – gezielt und erfolgreich Einwohnerförderung betreiben und soziale Strukturen verbessern zu können, will die CDU in

Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen neue Flächen für eine qualifizierte Eigenheimbebauung analog zur Erfolgsgeschichte „Angerbogen“ erschließen.